

Ressort: Politik

Gauck bezeichnet Massaker an Armeniern als Völkermord

Berlin, 23.04.2015, 16:58 Uhr

GDN - Bundespräsident Joachim Gauck hat die Massaker an den Armeniern vor 100 Jahren als "Völkermord" bezeichnet: "Das Schicksal der Armenier steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von der das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist", so das deutsche Staatsoberhaupt laut vorab veröffentlichtem Redetext am Donnerstag bei einem ökumenischen Gedenkgottesdienst in Berlin. Auch die Deutschen müssten sich ihrer Verantwortung stellen: "Wenn es nämlich um eine Mitverantwortung, unter Umständen sogar Mitschuld, am Völkermord an den Armeniern geht."

Gauck warnte jedoch davor, die Debatte über das Geschehen auf Differenzen über einen Begriff zu reduzieren. Es gehe vor allem darum "die planvolle Vernichtung eines Volkes in ihrer ganzen schrecklichen Wirklichkeit zu erkennen, zu beklagen und zu betrauern", betonte der Bundespräsident. "Indem wir erinnern, setzen wir niemanden, der heute lebt, auf die Anklagebank. Die Täter von einst leben nicht mehr und ihren Kindern und Kindeskindern ist jene Schuld nicht anzulasten. Was die Nachfahren der Opfer aber zu recht erwarten dürfen, ist die Anerkennung historischer Tatsachen und damit auch einer historischen Schuld." Am Freitag wird der Bundestag über einen Antrag der Regierungsfractionen abstimmen, indem es heißt, die "planmäßige Vertreibung und Vernichtung von über einer Million ethnischer Armenier" stehe "beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist. Dabei wissen wir um die Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt." Die Bundesregierung hatte zuerst darauf gedrungen, den Begriff "Völkermord" aus diplomatischer Rücksicht auf die Türkei nicht zu verwenden. Nachdem Papst Franziskus jedoch den Begriff "Völkermord" verwendet hatte und dafür vom türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan scharf gerügt worden war, rebellierten Abgeordnete und führende Politiker der Union gegen die angedachte Sprachregelung. Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu hatte am Dienstag laut eines "Welt"-Berichts persönlich bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gegen die Verwendung des Begriffs "Völkermord" in einer Resolution des Bundestags interveniert. Die beiden Regierungschefs telefonierten miteinander und sprachen über das Thema: Nach Informationen der Zeitung hat Davutoglu dabei argumentiert, die Verwendung des Begriffes "Völkermord" für die Massaker an den armenischen Einwohnern des Osmanischen Reiches im Jahr 1915 sei nicht zulässig, da dieser Terminus erst nach dem Zweiten Weltkrieg ins Völkerrecht aufgenommen wurde.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-53431/gauck-bezeichnet-massaker-an-armeniern-als-voelkermord.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619